

LËSCHT

3

FIR EUROPA.

FIR LËTZEBUERG.

CSV

***EISE PROGRAMM FIR
D'EUROPAWAHLEN 2014***

LÄSCHT
3

CSV

EIST KOMPETENZTEAM FIR EUROPA



FRANK
ENGEL

MARIANNE
PESCH-DONDELINGER

GEORGES
BACH

VIVIANE
REDING

ISABEL
WISELER-SANTOS LIMA

CHRISTOPHE
HANSEN

FIR EUROPA. FIR LËTZEBUERG.

EISE PROGRAMM FIR D'EUROPAWAHLEN 2014

Mir gleewen un Europa	4
Mir liewen Europa	5
Europäesch Institutiounen am Dingscht vun de Bierger	6
Besser europäesch Reegelen	8
Europa fir all Bierger	9
Europa fir déi Jonk	11
Europa fir d'Betribler	12
E soziaalt a solidarescht Europa	13

MIR GLEEWEN UN EUROPA

Die europäische Einigung ist für die CSV Überzeugung, Notwendigkeit und Wille. Die Gründer unserer Partei haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg für die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften eingesetzt. Die Namen führender Politiker unserer Partei sind eng mit dem Aufbau der Europäischen Union verbunden. Mit der EVP-Spitzenkandidatur von Jean-Claude Juncker, der Anwärter auf das Amt des Kommissionspräsidenten ist, wird die europäische Verankerung der CSV um ein bedeutsames Element reicher.

Europa existiert nicht losgelöst von Nationen, Völkern und Menschen. Europa, das sind wir alle. Europa ist nicht „Brüssel“. Europa, das sind gewählte politische Verantwortliche aus den Mitgliedsstaaten, die im Namen ihrer Wähler, als Vertreter der Menschen Europas entscheiden. Deshalb wählen wir das Europäische Parlament – die größte demokratische Volksvertretung der Welt.

Europa, das sind eine halbe Milliarde Menschen, die heute in ihrer großen Mehrheit ein hohes Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit genießen. Um diese zu erhalten, müssen wir die europäische Integration fortsetzen. Die Europäer stellen weit weniger als zehn Prozent der Weltbevölkerung – im globalen Wettbewerb können wir unseren Lebensstandard nur noch gemeinsam sichern. Kein einziger europäischer Staat wird in 20 Jahren noch einen Platz unter den führenden Wirtschaftsnationen der Welt einnehmen. Andere Erdteile, andere Staaten schließen zu Europa und Nordamerika auf, und niemand wird auf uns warten oder uns unter die Arme greifen, wenn wir es heute verpassen, Europa als starke Einheit auf die Weltkarte zu stellen und seine Leistungsfähigkeit gemeinsam zu verteidigen.

Viele beneiden die Europäische Union um ihre Errungenschaften. Frieden, Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit sind weltweit keineswegs selbstverständlich. In der Ukraine sind Menschen gestorben, weil sie an die europäischen Ideale glauben und dafür zu kämpfen bereit waren. Die Europäische Union inspiriert Menschen auf allen Erdteilen. Dennoch muss sie sich weiterentwickeln, und dafür tritt die CSV ein. Das Erreichte sollten wir in jedem Fall mit Stolz und nicht mit Skepsis betrachten.

MIR LIEWEN EUROPA

Luxemburg wäre ohne den europäischen Einigungsprozess nicht so erfolgreich, wie es heute ist. Unsere Stahlindustrie, unseren Finanzplatz, unsere Kommunikationsbetriebe, den exportorientierten Mittelstand hätte es ohne europäische Absatz- und Anzugsmöglichkeiten nicht gegeben. Unsere Einbettung in die Großregion, mit all ihrem wirtschaftlichen und sozialen Potenzial, wäre ohne offene Grenzen innerhalb des Binnenmarkts nicht so selbstverständlich, wie wir das heute erleben. Luxemburg wickelt drei Viertel seines Handels mit anderen EU-Mitgliedstaaten ab, kein Mitgliedstaat weniger als die Hälfte. Alle Mitgliedstaaten der Union, und Luxemburg im Besonderen, sind daher auf einen gut funktionierenden Binnenmarkt angewiesen.

Der Euro ist und bleibt eine Erfolgsgeschichte. Seine Stabilität und das Vertrauen, das er weltweit genießt, haben ihn zum Schutzwall gegen Währungsspekulation und zur zweitwichtigsten Reservewährung der Welt gemacht. Fast vierhundert Millionen Menschen verdienen ihr Geld in Euro, zahlen in Euro und rechnen in Euro. Dass der Euro die Turbulenzen der großen Wirtschaftskrise seit 2008 überstanden hat, beweist seine Solidität. Dass unsere Wirtschaft diese Krise meistern konnte, ist dieser Solidität und der schützenden Kraft des Euro zu verdanken. Jean-Claude Juncker hat als ehemaliger Präsident der Eurogruppe entscheidenden Anteil am Erfolg der Krisenbewältigung, die seit 2008 erfolgen konnte.

Ohne die europäische Einigung hätte es den luxemburgischen Finanzplatz, wie wir ihn heute kennen, nicht gegeben. Die Entwicklung dieses Finanzplatzes brauchte offene Grenzen, Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit. Die europäischen Regelungen, denen Luxemburg zugestimmt hat, haben unseren Finanzplatz verändert. Er ist nicht nur europäischer geworden, sondern auch transparenter. Wir setzen uns dafür ein, dass der Finanzplatz gegenüber seinen Konkurrenten innerhalb und außerhalb der Union nicht benachteiligt wird. Wir wollen unseren europäischen Partnern vermitteln, dass die Eurozone den Luxemburger Finanzplatz braucht, um Kapital für konkrete Wirtschaftsförderung zu mobilisieren. Europäische Wettbewerbsfähigkeit hängt auch von diesen Möglichkeiten ab, der luxemburgische Finanzplatz und die dort ansässigen Investoren kommen der gesamten Union zugute.

Die Währungsunion braucht einen wirtschaftlichen Rahmen, in dem der Euro gesichert ist. Die Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken ist eine Notwendigkeit, wenn dauerhaft wirtschaftliche Ungleichgewichte in der Union verhindert werden sollen. Die CSV steht für eine Union, in der Transferleistungen erfolgen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der gesamten Union zu stärken und regionale Schwächen auszubalancieren.

Die europäische Landwirtschaft produziert Lebensmittel von höchster Qualität und pflegt die Landschaften des Kontinents. Dank des andauernden Einsatzes von Europapolitikern der CSV haben Luxemburg und seine Landwirte von der europäischen Agrarpolitik und der europäischen Förderung der Landwirtschaft stark profitiert. Lebensmittelsicherheit kann sich nur aus einer auf Qualität und Gesundheit orientierten landwirtschaftlichen Produktion ergeben – wir setzen uns in Europa konsequent für eine solche Produktionsweise ein. Die europäischen Verbraucher können sich dank der europäischen Agrar- und Lebensmittelsicherheitspolitik darauf verlassen, dass sie sich gesund und sicher ernähren. Die Landwirtschaft Europas und die im Lebensmittelbereich tätigen kleinen und mittleren Betriebe müssen weiterhin in der Lage bleiben, den Landwirten ein anständiges Einkommen und den Verbrauchern hochwertige und bezahlbare Lebensmittel zu garantieren.

Mobilität und Transport sind Pfeiler der europäischen Konstruktion und tragen erheblich zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger Europas bei. Wir werden uns weiterhin für leistungsfähige Verkehrssysteme und Netzwerke einsetzen - sie sind Voraussetzung für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und grenzüberschreitende Erwerbstätigkeit in Europa. In der praktischen Umsetzung von transportpolitischen Vorhaben müssen Sicherheit, Kundenfreundlichkeit und anständige Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gewährleistet sein. Wer als Passagier von Luftfahrt, Eisenbahn, Schifffahrt und Autobussen auf Schwierigkeiten wie Verspätung, Streichung der Verbindung und Gepäckverlust stößt, besitzt europäisch garantierte Rechte, für deren Entstehung die CSV sich stets eingesetzt hat. Auch die Rechte von Reisenden mit Behinderung oder reduzierter Mobilität sind uns ein besonderes Anliegen.

EUROPÄESCH INSTITUTIONEN AM DINGSCHT VUN DE BIERGER

Die europäischen Institutionen sind für die Bürger nicht einfach zu verstehen. Zwar ist ihre Zahl kleiner als die der Institutionen jedes einzelnen Mitgliedstaats – es gibt lediglich Kommission, Parlament, Ministerrat, Gerichtshof, Rechnungshof und Europäische Zentralbank – doch müssen sie einige Zuständigkeiten mit nationalen Einrichtungen teilen. Daraus ergibt sich der Eindruck einer komplizierten Institutionslandschaft, in der es schwierig ist, den Durchblick zu behalten.

Wir wollen die öffentliche Wahrnehmung der europäischen Institutionen verbessern und ihre Rolle und Funktionsweise verständlicher gestalten. Dazu ist es notwendig, das Europäische Parlament, als einzige direkt von den Bürgern gewählte Institution, als zentraler Ort der Gestaltung und Vermittlung des europäischen politischen Geschehens zu stärken.

Der Ministerrat muss auf allen Ebenen öffentlich tagen – genau wie das Parlament – wenn er sich mit Gesetzgebung befasst. Der Ministerrat muss seine Transparenz entscheidend steigern.

Die Kompetenzaufteilung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten muss in der Praxis einfacher und klarer werden. Europa soll generell „Groß in großen und klein in kleinen Dingen“ sein. Die CSV steht für ein Europa, das Subsidiarität achtet, und im Wesentlichen dort agiert, wo ein echter Bedarf an einheitlichen Regeln besteht. Darüber hinaus wollen wir das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung aller nationalen Rechtsakte innerhalb der Union konkret und stärker zur Anwendung bringen.

Wir wollen, dass die künftige Kommission ihre Zusammensetzung so organisiert, dass große Politikbereiche von einem Team von Kommissaren gemeinsam betreut werden können, unter der Richtlinienbefugnis einer begrenzten Zahl von Vizepräsidenten der Kommission. So würden beispielsweise die Bereiche Finanzen und Wirtschaft, Bildung und Forschung, Umwelt und Energie, Justiz und Bürgerrechte entstehen, in denen die Regeln einfacher und die Zuständigkeiten klarer verständlich würden.

Europa muss auch außenpolitisch sichtbarer werden. Der hohe Vertreter für die Außenpolitik, gleichzeitig Vizepräsident der Europäischen Kommission, muss zu

einem wirklichen Außenminister Europas werden, dessen Politik nicht von nationalen Interessen untergraben werden darf. Die Welt will nach Europa schauen, und den Blick nicht zuerst in 28 nationale Hauptstädte richten müssen. In der unmittelbaren Nachbarschaft Europas finden nach wie vor Krisen und Kriege statt, die uns unmittelbar betreffen. Gegenüber diesen Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit muss die Europäische Union einheitlich und geschlossen auftreten.

Außen- und Sicherheitspolitik ist auch Entwicklungspolitik. Die Europäische Union ist der weltweit führende Akteur bei offizieller Entwicklungszusammenarbeit. Es wird weniger Kriege und Konflikte, es wird weniger verzweifelte Versuche, Europa illegal zu erreichen, geben, wenn sich die ärmeren Teile der Welt wirtschaftlich und sozial konsequent entwickeln können. Dazu brauchen sie bis auf weiteres unsere Hilfe. Die CSV will ein Europa, das auch weiterhin bei Entwicklungszusammenarbeit führend bleibt. Dadurch steigern wir unser Ansehen in der Welt.

BESSER EUROPÄESCH REEGELEN

Die Europäische Kommission besitzt nach wie vor das Monopol der europäischen Gesetzinitiative: nur sie kann das Europäische Parlament und den Ministerrat mit Gesetzesvorschlägen befassen. Obwohl die Kommission in letzter Zeit über 5.000 europäische Gesetze zurückgezogen hat, die veraltet oder überflüssig waren, bleibt bei vielen Europäern der Eindruck, die «Brüsseler Verwaltung» betreibe Überregulierung. Kommission und Parlament müssen diesem Eindruck gemeinsam entgegenwirken, wobei wichtig ist, dass neue europäische Regeln nur dann geschaffen werden, wenn sich daraus ein nachvollziehbarer Mehrwert ergibt.

Um bessere europäische Gesetzgebung tatsächlich zu erreichen, und dies auch öffentlich vermitteln zu können, wollen wir, dass zukünftig die Kommission ihre gesetzgeberische Initiative sparsamer und wirksamer nutzt. Gleichzeitig muss das Europäische Parlament die Möglichkeit bekommen, europäische Gesetzgebung selbst zu initiieren – nach Regeln, die sicherstellen, dass das Parlament keine gesetzgeberische Inflation betreibt. Dieses parlamentarische Initiativrecht sollte kein individuelles Recht sein, sondern von Gruppen von Abgeordneten wahrgenommen werden und einer Folgenabschätzung unterliegen. Zur Ausübung des gesetzlichen Initiativrechts sollten mindestens genauso viele Abgeordnete sich zusammenschließen müssen, wie zur Gründung einer Fraktion - aktuell sind das 25 Abgeordnete aus mindestens 7 Mitgliedstaaten.

Wir wollen, dass europäische Gesetzgebung mehr über Verordnungen – direkt anwendbare europäische Gesetze - und weniger über Richtlinien stattfindet. Wenn Europa für einen Bereich zuständig ist, dann soll es auch eigenständig in diesem Bereich Regeln aufstellen können – wobei die Mitgliedstaaten in jedem Fall eingebunden bleiben, da der Ministerrat gleichberechtigt mit dem Parlament entscheidet. Wenn Europa nicht oder nur sehr begrenzt zuständig ist, dann sollte die Gesetzgebung auch den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, es sei denn, es kann ein klarer europäischer Mehrwert erreicht werden. Ansonsten muss das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung verstärkt zur Geltung gebracht werden.

Der objektive Mehrwert europäischer Gesetzgebung ist durchaus messbar und für die Europäer auch spürbar. Roaming-Gebühren sind drastisch gefallen und werden demnächst völlig abgeschafft, weil die EU unter dem Impuls von Kommissarin Viviane Reding gegenüber den Telefongesellschaften niedrigere Preise durchsetzen konnte. Jeder Verbraucher hat etwas von dieser konkreten europäischen Politik. Ähnliches gilt bei Datenschutzregeln, die wir zugunsten der Bürger verstärken werden, beim Verbraucherschutz und dem europäischen Vertragsrecht, und in vielen anderen Bereichen, wo Europa seinen Bürgern das Leben tatsächlich vereinfacht.

EUROPA FIR ALL BIERGER

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft der Werte. Die europäischen Staaten, die sich erst zu einem gemeinsamen Markt und später zu einer politischen Union mit eigener Währung zusammengeschlossen haben, teilen diese Werte: unantastbare Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit. Europa ist auch eine kulturelle Wirklichkeit, zusammen aufgebaut von Menschen, die verschiedene Sprachen sprechen, verschiedenen Religionen angehören, unterschiedliche Ausrichtungen in ihrem künstlerischen Schaffen besitzen. Die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas ist der Reichtum unseres Kontinents. Sie muss gefördert und gegen Anfeindungen jeder Art geschützt werden.

Europa ist ein Raum der Freiheit und des Rechts. Zwischen jenen 26 europäischen Staaten, die zum Schengen-Raum gehören, sind die Grenzen gefallen und die Kontrollen abgeschafft. Jeder europäische Bürger profitiert konkret von der Freizügigkeit, die den EU-Binnenmarkt begleitet. Jeder europäische Bürger kann sich in jedem Mitgliedstaat der EU aufhalten, sich dort niederlassen, studieren

und arbeiten. Doch genau diese Freizügigkeit wird heute von Populisten aller Couleur infrage gestellt, unter dem irreführenden Schlagwort der „Einwanderung in die sozialen Sicherheitssysteme“.

Populisten wollen die Freizügigkeit einschränken. Das ist mit der CSV nicht zu machen. Wir wollen die Freizügigkeit innerhalb des Schengener Raums und des europäischen Binnenmarkts erhalten und ausbauen. Von dieser Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit haben nationale Volkswirtschaften Europas, die luxemburgische ganz besonders, seit Jahrzehnten profitiert. „Einwanderung in die sozialen Sicherheitssysteme“ ist ohnehin von europäischen Regeln nicht vorgesehen. Wer Grenzkontrollen und Einwanderungsquoten innerhalb Europas einführen oder wieder aufrichten will, der schafft im Ansatz Europa ab. Dies ist für uns inakzeptabel.

Europäische Werte müssen dort geschützt werden, wo sie infrage gestellt sind. Die Unabhängigkeit der Justiz, die Berechenbarkeit des Staates, der wirksame Schutz der Bürger vor Willkür, kurz: wirkliche Rechtsstaatlichkeit, wird vor dem Beitritt zur EU von jedem Beitrittskandidaten verlangt. Sie muss auch nach einem Beitritt gewährleistet bleiben. Wird Rechtsstaatlichkeit unterhöhlt, werden ideologische Vorstellungen zu Gesetzen und Verfassungsregeln, dann muss die EU die Kompetenz besitzen, um einzugreifen und Rechtsstaatlichkeit in vollem Umfang garantieren oder wieder herstellen zu können. Die europäische Charta der Grundrechte muss in der gesamten Union in gleichem Maße wirksam gelten. Europäische Werte und Rechtsstaatlichkeit sind für die CSV nicht verhandelbar. Die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft begrüßen wir in diesem Zusammenhang ausdrücklich.

Aus Europa sind während langer Zeit Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben ausgewandert. Nun wollen Menschen auf der gleichen Suche nach Chancen und Möglichkeiten nach Europa einwandern. Europa braucht ohnehin in den kommenden Jahrzehnten Einwanderung, um die Alterung unserer Gesellschaften abzufedern. Europa gewinnt durch organisierte und gut integrierte Einwanderung.

Im Bewusstsein unserer Geschichte müssen wir ebenfalls bereit sein, Menschen bei uns aufzunehmen, die auf der Flucht sind vor Krieg und Terror, aber auch vor Krankheit und Hunger. Zudem muss Europa dadurch, dass es Flüchtlinge schützt, seine hohen moralischen Standards unter Beweis stellen.

Gleichheit vor dem Gesetz muss überall in Europa gelten. Doch diese rein rechtliche Gleichheit hat noch nicht dazu geführt, dass Männer und Frauen überall in Europa die gleichen Chancen und Perspektiven besitzen. Ziel einer modernen Gleichstellungspolitik ist eine gerechte Aufteilung der Aufgaben zwischen Männern und Frauen in allen Lebensbereichen. Dies bedeutet, dass beide Geschlechter zusammen Verantwortung in der Familie und in der Gesellschaft tragen, und bedingt ein Umdenken, losgelöst von traditionellen Rollenmustern. Führungspositionen in Wirtschaft und Politik müssen gleichermaßen von beiden Geschlechtern besetzt werden. Dies alles setzt voraus, dass die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern bei allen wichtigen Reformen berücksichtigt werden.

EUROPA FIR DÉI JONK

Junge Menschen erwarten von Europa, dass es ihnen Perspektiven eröffnet. Viele junge Europäer fragen, was Europa denn dafür leistet, damit sie eine korrekt bezahlte Beschäftigung finden. Unter den Millionen Erwerbslosen Europas stellen die unter 25-Jährigen einen beschämend großen Anteil.

Wir wollen die Jugend für Europa begeistern. Edle Ideen allein, wie das friedliche Zusammenarbeiten der europäischen Völker, vermögen, trotz ihrer Aktualität, kaum junge Menschen auf Jobsuche davon zu überzeugen, dass Europa für sie wichtig ist. Die Jugend war in vielem europäisch Gelebtem Vorreiter – viele Tausend Studierende haben durch das Erasmus-Programm in anderen Ländern studieren können und tun das weiterhin, die offenen Grenzen erlauben ihnen unkompliziertes Reisen. Doch Europa wird von seinen jungen Bürgern letztlich danach bewertet werden, ob es ihnen ermöglicht, einen Job zu finden und ihr Leben unabhängig zu führen.

Die von der Kommission initiierte Jugendgarantie, mit der jungen Menschen eine Beschäftigung zugesichert wird, ist ein richtiger Ansatz, den die CSV positiv begleitet. Diese Garantie ist die gemeinsame Leistung der europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten, die sich bewusst sind, dass wir nicht dauerhaft Millionen junger Europäer ohne Beschäftigungsperspektive lassen können. Doch die Jugendgarantie wird nur dann funktionieren, wenn die europäische Wirtschaft nachhaltig ausreichend Arbeitsplätze schaffen kann, die

den Qualifikationen der jungen Menschen entsprechen. Deshalb brauchen wir in Europa konsequente Investitionen in wirtschaftliche Entwicklung.

Bestrebungen, die nationalen Grenzen in Europa wieder aufzurichten, tritt die CSV entschlossen entgegen. Wir brauchen Regeln, die die Mobilität von jungen Menschen fördern, und nicht erschweren. Mit uns wird es keine Einschränkungen der europäischen Freizügigkeit geben.

EUROPA FIR D'BETRIBER

Nicht die Politik schafft Arbeitsplätze, sondern die Wirtschaft. Das bedeutet in Europa vor allem, dass kleine und mittlere Betriebe Menschen Beschäftigung anbieten – fast alle europäischen Betriebe sind kleine und Mittelbetriebe, von ihnen werden die neuen Arbeitsplätze geschaffen. In Luxemburg ist der Anteil von kleinen und Kleinstbetrieben, die weniger als zehn Mitarbeiter zählen, besonders hoch. Diese Betriebe gilt es gegen schwerfällige Regeln auf europäischer und nationaler Ebene zu schützen. Regeln müssen verständlich und einfach anwendbar sein, und der Verwaltungsaufwand für die Betriebe so klein wie möglich.

Seit dem „Small Business Act“ haben die europäischen Institutionen sich dazu verpflichtet, jede neue europäische Regelung bereits in der Phase der Ausarbeitung darauf zu prüfen, ob sie „mittelstandsfreundlich“ ist. Dies ist ein wichtiger erster Schritt, der ausgebaut werden muss.

Die neue europäische Regelung der öffentlichen Ausschreibungen ist ein konkretes Beispiel mittelstandsfreundlicher europäischer Politik. Zukünftig soll nicht mehr der billigste Anbieter den Zuschlag erhalten, sondern der mit dem wirtschaftlich günstigsten Angebot, wobei auch Serviceleistungen, Entorgungsmöglichkeiten usw. berücksichtigt werden. Kleine, innovative Betriebe werden in die Lage versetzt, Aufträge zu gewinnen, wenn sie das insgesamt beste Angebot unterbreiten - auch wenn der „Einkaufspreis“ allein dieses Angebots nicht der absolut niedrigste ist.

Wir wollen weiterhin zusammen mit Wirtschaftsverbänden und Betriebsvertretern dafür sorgen, dass neue europäische Regeln, die Betriebe betreffen, von diesen auch wirklich umgesetzt werden können. Nur so stärken wir den Mittelstand, von dem die europäische Wirtschaftsentwicklung abhängt. Nur so können wir sicherstellen, dass dynamische Betriebe Arbeitsplätze schaffen.

Wir wollen, dass die europäische Wirtschaft nachhaltiger und umweltfreundlicher wird. Investitionen in so genannte „grüne“ Wirtschaftssektoren sind ein wichtiger Faktor zukünftiger europäischer Wettbewerbsfähigkeit. Es ist nicht normal, dass die Volksrepublik China seit 2010 mehr in hochtechnologische umweltfreundliche Wirtschaftssektoren investiert, als die gesamte europäische Union zusammen. Hier besteht Nachhol- und Aufholbedarf in Europa. Besonders innovative kleine und mittlere Betriebe müssen in ihren Bestrebungen unterstützt werden, zu den Leistungen anderer Hightech-Regionen der Welt aufzuschließen. Gleichzeitig wollen wir die europäische Industrie, auch in klassischen Sektoren, stärken. Reindustrialisierung in Europa ist ein Gebot der Stunde. Sie steht nicht im Gegensatz zur Förderung innovativer Produkte und Dienstleistungen, sondern sie ist deren Voraussetzung.

Innovation und Forschung müssen Kernanliegen europäischer Politik in den kommenden Jahren werden. Dazu werden ausreichende Investitionen und Entfaltungsmöglichkeiten für Forschung und Lehre gebraucht. Die CSV will, dass ein europäischer Raum der Forschung und Innovation entsteht, innerhalb dessen die gemeinschaftliche europäische Leistung gefördert wird. Nur gemeinsam können Europäer im globalen Forschungswettbewerb die Nase vorn haben.

Europa muss seine Abhängigkeit in Sachen Energieversorgung verringern. Größere Eigenständigkeit bei der Herstellung und Speicherung von Energie ist nur möglich, wenn die Union sich die notwendigen Investitionskapazitäten gibt. Zukünftige Energieimporte sollten an politisch verlässliche Partnerschaften geknüpft sein. Die CSV hält an den drei Zielen einer nachhaltigen Energiepolitik fest: Energieeffizienz steigern, Emissionen drosseln, Anteil der erneuerbaren Energien erhöhen. Die Schaffung eines integrierten europäischen Binnenmarkts für Energie muss prioritär angestrebt werden.

E SOZIAAL A SOLIDARESCHT EUROPA

Europa wird von vielen Menschen seit der Krise oft mit Sparpolitik oder sogar mit „Austerität“ in Verbindung gebracht. Haushaltskürzungen und Schuldenabbau waren notwendig, um die öffentlichen Finanzen der europäischen Staaten wieder ins Lot zu bringen. Haushalte in dauerhafter Schieflage schaffen Belastungen zukünftiger Generationen, die wir nicht zulassen dürfen. Doch Konsolidierung öffentlicher Haushalte alleine bringt Europa wirtschaftlich und sozial nicht voran. In

den kommenden Jahren muss eine bewusste Politik der Zukunftsinvestitionen betrieben werden, vor allem in Sachen Verkehrsinfrastruktur, erneuerbare Energien, Forschung und moderne Bildungssysteme.

Die soziale Dimension Europas ist der CSV ein Herzensanliegen. Europa und europäische Regeln dürfen nicht dazu missbraucht werden, den Kahlschlag in Sozialhaushalten, bei der Arbeitsgesetzgebung, bei den öffentlichen Dienstleistungen zu rechtfertigen. Ein menschenwürdiges Arbeitsrecht ist bezahlbar. Die Europäische Union muss flächendeckend soziale Mindeststandards durchsetzen können. Dazu gehört auch ein angemessener Mindestlohn, von dem ein Arbeitnehmer vernünftig leben kann.

Europa muss in wirtschaftlichen und sozialen Belangen enger zusammenwachsen. Für die CSV ist immer klar gewesen, dass ein größerer europäischer Haushalt notwendig ist, um innerhalb der Union Solidarität und Wachstum zu ermöglichen. Niemand in der Union profitiert von wirtschaftlicher Schwäche irgendwo in Europa. Jeder Mitgliedstaat besitzt wirtschaftliche Stärken, die wir gemeinsam einsetzen müssen, um gegenüber der globalen Konkurrenz wirksamer zu sein. Wettbewerbsfähigkeit darf nicht mehr zwischen europäischen Staaten und Mitgliedern der Union gemessen werden, sondern als europäische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Welt. Ein wesentlicher Faktor dieser Wettbewerbsfähigkeit wird die Fähigkeit der Europäischen Union sein, Investitionen in Arbeit und Beschäftigung zu verwandeln.

Europa hat in der Vergangenheit in allen Bereichen menschlichen Denkens und Handelns Großes geleistet. Europa hat die Menschen, die Bildung, das Kapital und die Innovationsfähigkeit, um an der Spitze der Erneuerungen des 21. Jahrhunderts zu stehen. Ein solches Europa, das in der Welt geachtet wird und andere Erdteile auch weiterhin inspiriert, will die CSV. Wir stehen für ein Europa, das sich im Bewusstsein historischer Stärke zu moderner Dynamik entwickelt und somit seinen globalen Führungsanspruch wahrnimmt.